Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 44

Artikel: Der Vertrag von Rio

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076817

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sowjetregierung spricht die feste Zuversicht aus, dass das Sowjetvolk seinen Arbeitseinsatz für die Festigung der wirtschaftlichen Macht und der Verteidigungskraft der Sowjetheimat noch mehr erhöhen wird. Die Sowjetregierung trifft alle erforderlichen Massnahmen, damit unser Land nicht überrumpelt wird und imstande ist, dem Aggressor eine würdige Antwort zu erteilen.

Der Vertrag von Rio

Präsident Kennedy hat in seiner Rede mehrmals den Vertrag von Rio erwähnt. Seine Regierung hat durch Aussenminister Dean Rusk auch die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) orientiert. Es handelt sich hier um einen Regionalzusammenschluss der unabhängigen Staaten Nord- und Südamerikas, wie er auch durch die Charta der Vereinten Nationen vorgesehen ist. Die 21 amerikanischen Republiken haben die Charta der OAS am 30. April 1948 unterzeichnet und dadurch die panamerikanische Union ersetzt.

Die «Interamerikanische Konferenz über die Erhaltung von Frieden und Sicherheit auf dem amerikanischen Kontinent» schloss am 2. September 1947 in Rio den «Interamerikanischen Vertrag über gegenseitige Hilfe» nach Art. 51 der Uno-Charta ab. Die von Präsident Kennedy erwähnten Artikel haben folgenden Wortlaut:

«Art. 6. Wenn die Unverletzbarkeit oder die Integrität des Territoriums oder die Souveränität oder politische Unabhängigkeit irgend eines amerikanischen Staates durch eine Aggression, die keinen bewaffneten Angriff darstellt, oder durch einen extrakontinentalen oder interkontinentalen Konflikt, oder durch irgend eine andere Tatsache oder Situation, die den Frieden Amerikas gefährdet, berührt wird, so muss die Konsultativ-Kommission (Organ of Consultation) sofort zusammentreten, um die Massnahmen, die im Falle einer Aggression zur Unterstützung des Opfers der Aggression oder, auf alle Fälle, die Massnahmen zu beschliessen, die zur gemeinsamen Verteidigung und zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit auf dem Kontinente nötig sind.»

«Art. 8. Im Sinne dieses Vertrages kann die Konsultativ-Kommission eine oder mehrere der folgenden Massnahmen beschliessen: Abberufung des Chefs diplomatischer Missionen; Abbruch diplomatischer Beziehungen; Abbruch konsularischer Beziehungen; teilweise oder totale Aufhebung der wirtschaftlichen Beziehungen oder der Bahn-, Meer-, Luft-, Post-, telegraphischen, telephonischen und radiotelephonischen oder radiotelegraphischen Verbindungen; und Einsatz bewaffneter Kräfte.»

Vier Punkte

Auszug aus der Ansprache von Staatssekretär Dean Rusk vor dem Rat der Organisation der Amerikanischen Staaten am 23. Oktober 1962.

«... Die Aussenminister waren damit einverstanden, dass es wünschenswert sei, die Beobachtung der Waffenlieferungen nach Kuba zu intensivieren, um dadurch eine geheime Ansammlung von Waffen auf der Insel zu verhüten, welche für offensive Zwecke gegen den Kontinent benutzt werden könnten.

Als die Aussenminister dieses Communiqué verfassten, waren keine Anzeichen für die Ansammlung offensiver Waffen vorhanden. Heute haben wir unumstössliche Beweise dafür, dass das Castro-Regime, trotz wiederholter Warnungen, der Sowjetunion die Einrichtung mittlerer und grösserer Raketenbasen auf dem kubanischen Territorium erlaubt...

Diese Tatsachen zeigen, dass die UdSSR in Kuba grössere militärische Investitionen von Waffen mit grundsätzlich offensivem Charakter gemacht hat.

Was sagen diese Tatsachen den unabhängigen Nationen dieses Kontinentes? Das wichtigste ist:

Erstens: Das kommunistische Regime in Kuba hat im Einvernehmen mit den sowjetischen Ratgebern den Kontinent belogen, indem es geheim und mit lauten Versicherungen, nur zur Selbstverteidigung zu rüsten, einer ausserkontinentalen Macht, welche die nationale Unabhängigkeit vernichten will, erlaubt hat, im Herzen unseres Kontinents ein offensives militärisches Heerlager einzurichten.

Ich will nicht im Einzelnen auf die Geschichte dieser den Betrug bezweckenden Partnerschaft eingehen. Es genügt, sich an die Rede des Präsidenten Dorticos vor den Vereinten Nationen am 8. Oktober zu erinnern: ‚Wir werden fortfahren, unsere militärische Verteidigung zu verbessern, um uns selbst zu verteidigen, nicht um andere anzugreifen.'

Die Sowjet-Regierung ihrerseits sagte am 12. September in einer offiziellen Erklärung: ‚Die nach Kuba gesandten Waffen und militärischen Ausrüstungen sind ausschliesslich zu Verteidigungszwecken bestimmt...'

Dieser Erklärung fügten die Sowjets hinzu, dass ihre Raketen so machtvoll seien, ‚dass es nicht nötig wäre, für sie einen Standort ausserhalb der Sowjetunion zu suchen'. Der Aussenminister der Sowjets sagte in der vergangenen Woche im Gespräch mit Präsident Kennedy im Weissen Haus, dass die Sowjethilfe an Kuba ‚einzig den Zweck verfolge, zu den Verteidigungsmöglichkeiten Kubas beizutragen', dass ‚die Instruktion der Kubaner durch sowjetische Spezialisten den Umgang mit defensiven, nicht mit offensiven Waffen betraf', und dass, ‚wenn dies anders wäre, die Sowjet-Regierung niemals ihren Beistand geleistet hätte'.

Zweitens: Die Offensivkraft ist derart, dass sie die entferntesten Gegenden unseres Kontinentes mit ihrer vernichtenden Kraft erreichen kann. Die neu in Kuba eingetroffenen Waffen waren nicht nur gegen die Vereinigten Staaten gerichtet. Geben wir uns darüber keinen Täuschungen hin. Es gibt auch andere strategische Ziele auf diesem Kontinent — in Ihren Ländern — welche sie mit ihrer tödlichen Ladung vernichten können.

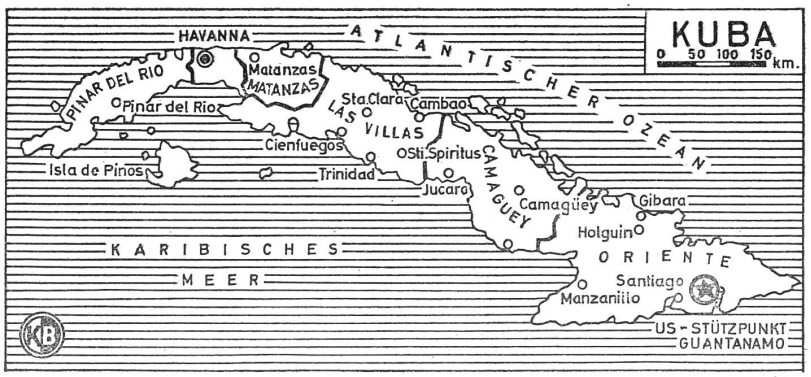
Die Mittelstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen erreichen im Westen Mexiko City, im Süden den Panamakanal oder Caracas, im Norden Washington, D. C.

Von den neuen Basen in Kuba für mittlere Raketen kann die Sprengladung zu den meisten Städten des westlichen Kontinents getragen werden. In Anbetracht des rapiden Ausbaues ist kein Land dieses Kontinentes sicher, weder vor einem direkten Angriff, noch vor einer ständigen Erpressung.

Drittens: Diese neue sowjetische Intervention bedeutet eine weitere Versklavung des kubanischen Volkes durch die Sowjets.

Sie bedeutet für den Rest des Kontinentes eine grosse Verstärkung der Offensivkraft des kommunistischen Systems, welches von einer friedlichen Koexistenz spricht, worunter man die Bereitschaft zur Unterordnung versteht; welches das Schlagwort von der nationalen Befreiung gebraucht, um damit jede legitime nationale Aspiration zu vernichten.

Viertens: Die sowjetische Intervention auf diesem Kontinent mit Offensivwaffen fordert wie niemals zuvor die amerikanische Regierung heraus, die kontinentalen, feierlich eingegangenen Verpflichtungen, die aus den interamerikanischen Verträgen resultieren, und die die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit dieses Kontinentes gegen von aussen kommende Aggressionen und Interventionen zum Gegenstand haben, einzuhalten...»



Kuba in Stichworten

Kuba ist eine «sozialistische Republik», deren Struktur sich den europäischen Volksdemokratien annähert.

System: Die Regierung amtet ohne Parlament (Wahlen noch nicht vorgesehen), hat legislative und auch richterliche Befugnisse (Arbeitsrechtsfälle). Alle Gewerkschaften in Regierungshänden. Die «Vereinigten Revolutionären Organisationen» (ORI), aus denen jetzt die «Vereinigte Partei der kubanischen sozialistischen Revolution (=KP) gebildet wird, umfasst alle politischen Organisationen.

Wirtschaft: Staatliche Planwirtschaft, die vom Zentralrat für Planung gelenkt wird. Finanzinstitut ist die Nationalbank.

Wichtigstes Produkt ist Zucker (30 Prozent des Nationaleinkommens, über 80 Prozent des Exports).

Die Mineralvorkommen umschliessen Zinn, Eisen, Kupfer, Mangan, Nickel und Salz. Die Industrialisierung (chemische Produkte, Zement, Textilien, Getränke) macht Fortschritte.

Aussenhandel: Zu 75 Prozent (1961) mit dem Ostblock, der die USA (früher 85 Prozent) abgelöst hat.

Erziehung: Verstaatlicht.

Fläche: 114 524 Quadratkilometer. Der amerikanische Marinestützpunkt Guantanamo ist Pachtgebiet seit 1903.

Einwohner: Rund 7 Millionen (zirka 70 Prozent Weisse, Rest Neger und Mulatten). Staatssprache ist spanisch.